BDEW zur Sitzung des Europäischen Rates: Einigung ist ein wichtiges Signal für Klimakonferenz

BDEW zur Sitzung des Europäischen Rates: Einigung ist ein wichtiges Signal für Klimakonferenz

Müller: Senkung der CO2-Emissionen um mindestens 40 Prozent positives Ergebnis / Marktwirtschaftlicher Ansatz bei Energiesicherheitsstrategie richtig
Der Europäische Rat hat in der Nacht über die Klima- und Energiepolitik für das Jahr 2030 und die künftige Energiesicherheitsstrategie der Europäischen Union beraten. "Die Einigung der europäischen Staats- und Regierungschefs ist ein positives Ergebnis. Das vereinbarte Ziel, die CO2-Emissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent zu senken, ist ambitioniert und ein wichtiges Signal für die internationale Klimakonferenz 2015 in Paris. Die EU wird ihrer Vorreiterrolle beim Klimaschutz damit wieder gerecht. Gleichzeitig erhält die Energiewirtschaft mehr Planungssicherheit für Investitionen, die nach dem Jahr 2020 vorgesehen sind. Die noch offenen Fragen müssen allerdings schnellstmöglich geklärt werden. In der Folge sollten nun auch die Verhandlungen zur Reform des europäischen Emissionshandels zügig zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden", erklärte Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung.
Der BDEW hatte schon seit langem ein ambitioniertes CO2-Reduktionsziel von mindestens 40 Prozent sowie ein verbindliches EU-Ausbauziel für Erneuerbare Energien von mindestens 27 Prozent für das Jahr 2030 unterstützt. "Es wird nun auf die Umsetzung der Entlastungsregelungen ankommen. Auch wenn diese Regelungen zugunsten einiger Mitgliedstaaten für den erzielten Kompromiss sicherlich notwendig waren, darf es dabei nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommen. Es gilt jetzt, die Einigung rasch gesetzlich und administrativ umzusetzen. Dazu zählt unter anderem ein angepasster Reduktionsfaktor beim Handel mit CO2-Emissionszertifikaten. Darüber hinaus muss ein verlässlicher Prozess von der Politik aufgesetzt werden, der das Erreichen des Erneuerbaren-Zieles auf europäischer Ebene sicherstellt", betonte Müller.
"Die Staats- und Regierungschefs haben mit Blick auf die Energiesicherheitsstrategie zu Recht betont, dass ein marktwirtschaftlicher Ansatz in engem Zusammenspiel mit den zuständigen Aufsichtsbehörden die sichere Erdgasversorgung am besten gewährleisten kann. Staatliche Eingriffe in den Markt sollten deshalb nach Möglichkeit vermieden werden. Die Gaswirtschaft zum Beispiel ist in den einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedlich strukturiert, Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Versorgungssicherheit sollten generell auch auf die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten zugeschnitten sein", erläuterte Hildegard Müller.
So werde die Erdgasversorgung am besten durch einen offenen, liquiden, gut verbundenen und transparenten europäischen Erdgasmarkt mit unterschiedlichen Aufkommensquellen, intelligenten Lösungen auf der Verkaufsseite und mit einem sicheren Investitionsklima gewährleistet. Müller: "Wir unterstützen daher die Politik bei ihrem Ziel, den Erdgasbinnenmarkt in Europa weiter zu stärken. Denn dem Ausbau der Energieinfrastruktur in Europa kommt dort, wo er für einen funktionierenden Binnenmarkt erforderlich ist, eine Schlüsselrolle zu. In Deutschland haben wir seit vielen Jahrzehnten eine sichere und leistungsfähige Gasversorgung."

Ansprechpartner
Frank Brachvogel
Pressesprecher / Press Spokesman
Telefon: 030 300 199-1160
E-Mail:presse@bdew.de

Pressekontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

presse@bdew.de

Firmenkontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

presse@bdew.de

Die Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen und vom Ausgleich der Interessen. Das Werben um Mehrheiten ist ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Ordnung. Dabei sind die Überzeugungen und Interessen des Einzelnen nur dann politisch wirksam, wenn sie gebündelt vorgetragen werden und die Zustimmung vieler finden.Die deutsche Energie- und Wasserwirtschaft stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, um eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energie- und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung zu gewährleisten. Der BDEW vertritt die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber Politik, Fachwelt, Medien und Öffentlichkeit und orientiert sich dabei an einer nachhaltigen Energieversorgung sowie an einer Wasser- und Abwasserwirtschaft, die den Aspekten Umwelt- und Klimaschutz, Qualität und Sicherheit sowie Wirtschaftlichkeit gleiches Gewicht beimisst. Der BDEW mit seinen Landesorganisationen berät und unterstützt seine Mitgliedsunternehmen - die rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung sowie rund ein Drittel der Abwasserentsorgung in Deutschland repräsentieren - in allen branchenrelevanten politischen, rechtlichen, wirtschaftlich-technischen und kommunikativen Fragen. Die sachliche Arbeit, getragen vom fachlichen Know-how sowohl der ehrenamtlichen Gremienmitglieder als auch der Mitarbeiter des BDEW, ist dabei die eigentliche Stärke des Verbandes.Der BDEW wurde im Herbst 2007 gegründet. Der BDEW ist zentraler Ansprechpartner für alle Fragen rund um Erdgas, Strom und Fernwärme sowie Wasser und Abwasser. Die Energiewirtschaft hat damit ihre Kräfte gebündelt und entwickelt energieträgerübergreifende Konzepte. Die Wasserwirtschaft mit ihrem eigenen ordnungspolitischen Rahmen nutzt die erheblichen Synergien, die ein großer Verband bietet.Das Leitmotiv des BDEW "Energie. Wasser. Leben." zeigt sowohl den Wirkungskreis als auch den Anspruch des Verbandes, dessen Mitgliedsunternehmen mit ihrer Leistung die Lebensqualität der Menschen sichern - heute und in Zukunft.